

## BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 23 1095/6-II/5/93(25)

DVR: 0000078  
Himmelpfortgasse 4-8  
Postfach 2  
A-1015 Wien  
Telex 111688  
Telefax 513 99 93

Sachbearbeiter:  
Karin Dr. Rosenfeld  
Telefon:  
51 433 / 1795 DW

An das  
Präsidium des Nationalrates

Parlament  
1010 Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	35-GE/19-23
Datum:	28. MAI 1993
Verteilt	04. Juni 1993

**Dringend***H. Schüringer*

Betr: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Universitäts - Organisationsgesetz geändert wird sowie Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über die Gründung der Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt geändert wird;  
Begutachtungsverfahren

Das Bundesministerium für Finanzen beehrt sich, in der Anlage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu o. a. Gesetzesentwürfen zu übermitteln.

25 Beilagen

25. Mai 1993

Für den Bundesminister:

Dr. Schultes

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*[Signature]*

**BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN**

GZ. 23 1095/6-II/5/93

An das  
Bundesministerium für  
Wissenschaft und Forschung

Minoritenplatz 5  
1014 W i e n

DVR: 0000078  
Himmelpfortgasse 4-8  
Postfach 2  
A-1015 Wien  
Telex 111688  
Telefax 513 99 93

Sachbearbeiter:  
Koärin Dr. Rosenfeld  
Telefon:  
51 433 / 1795 DW

Betr: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Universitäts -  
Organisationsgesetz geändert wird sowie Entwurf eines Bundesgesetzes, mit  
dem das Bundesgesetz über die Gründung der Hochschule für  
Bildungswissenschaften in Klagenfurt geändert wird;  
Begutachtungsverfahren  
Zur do. Zl. 72.000/10-I/B/5B/93

Das Bundesministerium für Finanzen beehrt sich zu dem mit o. a. Note unter  
einem übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Universitätsor-  
ganisationsgesetz geändert wird, sowie Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Bundesgesetz über die Gründung der Hochschule für Bildungswissenschaften in  
Klagenfurt geändert wird, folgendes mitzuteilen:

Aus ho. Sicht müssen die gegenständlichen Gesetzesentwürfe im Zusammen-  
hang mit den geplanten Ausbaumaßnahmen für die Universität für Bildungswissen-  
schaften Klagenfurt zur Verbesserung des Raumangebotes gesehen werden. Die  
Kosten der baulichen Maßnahmen werden nach ho. Kenntnis mit rd. 300 Mio S prä-  
liminiert, wobei die Finanzierung noch keineswegs gesichert ist.

Durch die geplante UOG-Novelle und die Errichtung von zwei Fakultäten ist  
ho. Erachtens jedenfalls eine Vermehrung des universitären Raumangebotes not-  
wendig, somit eine Zwanghaftigkeit für die Ausbaumaßnahmen gegeben.

Gem. § 14 BHG ( finanzielle Auswirkungen neuer rechtsetzender Maßnahmen)  
sowie § 43 ff BHG (Vorhabensbegriff und Folgekosten) wären entsprechende do.  
Ergänzungen hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen erforderlich, da der Verweis  
auf unmittelbare Folgekosten in Höhe von 1 Mio S Personalaufwand p. a. im Allge-  
meinen Teil der Erläuterungen zu den ggstl. Gesetzesentwürfen unzureichend und  
unzutreffend ist.

Auf den Arbeitsbehelf "Was kostet ein Gesetz" ( Ministerratsbeschluß vom 16. Februar 1993) wird nachdrücklich hingewiesen.

Hinsichtlich des aufgrund des Ausbauplanes für die Universität für Bildungswissenschaften Klagenfurt mittelfristig zu erwartenden Mehrbedarfs von 50 Planstellen, davon 10 Professorenstellen, wird ho. vorausgesetzt, daß deren Besetzung nur nach Maßgabe des Freiwerdens bestehender Planstellen, d. h. ohne Belastung des Stellenplanes des Bundes erfolgt.

Bis zur Klärung der angeführten ho. Bedenken kann eine abschließende ho. Zustimmung zu den ggstl. Gesetzesentwürfen nicht erfolgen.

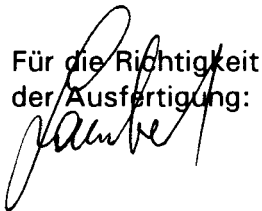
Dem Präsidium des Nationalrates werden u. e. 25 Ausfertigungen der ho. Stellungnahme übermittelt.

25. Mai 1993

Für den Bundesminister:

Dr. Schultes

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

A handwritten signature in black ink, appearing to be "J. Schultes", written over the text "Für die Richtigkeit der Ausfertigung:".